

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**

Betreff: NS-Erinnerungskultur

Bezug: 176a/2012, 176b/2012, 511/2012, 286/2013, 382/2013, 382/2013-382k/2013, 222/2015, 214/2017, 2017a/2107, 248/2017, 535 – 535c/2017, 136/2018, 147/2018, 52/2019, 364/2019, 43/2020, 222/2020 295/2020, 516/2020-516b/2020, 8/2021

Anlagen:

Zusammenfassung:

Seit den 1980er-Jahren ist die Erinnerung an die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, deren Aufarbeitung und die Auseinandersetzung mit ihren Bedingungen und Folgen eine wichtige Aufgabe der Stadtverwaltung. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben neben den staatlichen und universitären Einrichtungen zunehmend Vereine und zivilgesellschaftliche Akteure an Bedeutung gewonnen, die die NS-Erinnerungskultur mitgestalten. Die Verwaltung zieht mit dieser Vorlage eine Bilanz der eigenen Arbeit, weist auf zu klärende konzeptionelle Fragestellungen hin und macht auf Defizite aufmerksam.

Zunehmend übersteigen die divergierenden erinnerungspolitischen Aufträge und Wünsche, die von den verschiedenen erinnerungskulturellen Initiativen, von Einzelpersonen und vom Gemeinderat an die Kulturverwaltung herangetragen werden, die personellen Ressourcen der Verwaltung. Zudem geraten durch die Betonung der NS-Erinnerungskultur die zentralen Schwerpunkte der Kulturkonzeption aus dem Blickfeld und viele andere, für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtige kulturpolitische und kulturelle Themen bleiben unberücksichtigt.]

Finanzielle Auswirkungen

Dieser Bericht stellt eine Zwischenbilanz dar und hat unmittelbar keine finanziellen Auswirkungen.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

In der Stadtgesellschaft, den politischen Gremien, den erinnerungskulturellen Initiativen und der Verwaltung besteht ein Grundkonsens darüber, dass das Erinnern an NS-Gewalt und NS-Herrschaft ein zentraler Bestandteil städtischer Erinnerungskultur ist. Dies war nicht immer so. Ähnlich wie in anderen Kommunen in der Bundesrepublik auch, ignorierten bzw. verweigerten die zwei wichtigsten Institutionen der Stadtgesellschaft, die Stadt und die Universität, die Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit. Den Beginn der kritischen Erinnerungskultur hat Tübingen einer Einzelperson, Lilli Zapf und ihrem Standardwerk „Die Tübinger Juden“ (1974), zu verdanken. Eine Wende in der Erinnerungspraxis trat erst in den 1980er-Jahren ein. Die Stadt lud ehemalige Tübinger Jüdinnen und Juden in ihre Heimatstadt ein, die Universität begann mit der Erforschung ihrer NS-Vergangenheit. Denkmale und Erinnerungstafeln, Publikationen und Seminare, Ausstellungen und Vorträge und vieles mehr sind seitdem Ausdruck dieser Beschäftigung mit diesem schwierigen Abschnitt der Tübinger Stadtgeschichte.

Sei der Jahrtausendwende wurden zunehmend bürgerschaftliche Gruppen, Vereine und Arbeitskreise zu Akteuren der NS-Erinnerungskultur. In einer aktuellen Untersuchung, die das Phänomen der Partikularisierung in der Erinnerungskultur herausarbeitet, werden 21 solcher Gruppen in Tübingen benannt. Allerdings bestehen bei vielen in diesen Gruppen engagierten Personen Mehrfachmitgliedschaften, so dass „etwa 12 bis 20 Personen den Hauptteil der erinnerungskulturellen Aktivitäten tragen“ (Wolfgang Sannwald, Schwierig erinnert in Tübingen. In: Sigrid Hirbodian/Tjark Wegner, Tübingen. Aus der Geschichte von Stadt und Universität, Tübingen 2018).

Dieses bürgerschaftliche Engagement wird von der Verwaltung geschätzt, finanziell mit Regel- und Projektzuschüssen gefördert und durch die Betreuung und Beratung im Archiv unterstützt. Von diesen Gruppen und Einzelpersonen gehen Impulse und Anregungen aus und sie treten als Veranstalter zum Beispiel von Vorträgen und Führungen auf. Gleichzeitig wird an der oben genannten Anzahl auch deutlich, dass sich dieses Engagement nur auf verhältnismäßig wenige Personen stützt und neue Ansätze, getragen von einer jungen Generation, nur wenig auszumachen sind. Zu beobachten ist darüber hinaus, dass auch das Publikum bei Projekten und Veranstaltungen der Erinnerungskultur inzwischen eher der älteren Generation zuzurechnen ist; Ziel wäre es – ohne hier das außerordentlich begrüßenswerte Engagement etwa der Jugendguides des Landkreises oder der Jungen Geschichtswerkstatt in Abrede zu stellen –, eine jüngere, insbesondere studentische Zielgruppe zu erreichen und dafür neue, unserer heutigen digitalen Wissensgesellschaft angemessene Vermittlungsformen zu finden, wie sie zum Beispiel im Discovery Room des Stadtmuseums umgesetzt werden (s.u., 3.1.).

Im Übrigen möchte die Verwaltung darauf hinweisen, dass sich – auch in Tübingen – die Gesellschaft seit den 1980er-Jahren immer weiter ausdifferenziert und zu einer Zuwendungsgesellschaft entwickelt hat, in der sich auch der Blick auf die „Erinnerungskultur“ gewandelt hat und neue Perspektiven zu berücksichtigen sind. Zu konstatieren ist auch, dass sowohl zwischen den Initiativen als auch zwischen der Verwaltung und den einzelnen Akteur_innen nicht immer Einigkeit darüber besteht, welche Formen das Erinnern haben soll und welche Themen im Fokus stehen. In jüngster Zeit wurde dies insbesondere an der Verlegung der Stolpersteine und an der Forderung nach der Einrichtung eines Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus deutlich.

2. Sachstand

Im Folgenden werden die Aktivitäten der Stadtverwaltung der letzten zehn Jahre dargestellt, die sich mit dem Thema NS-Erinnerungskultur befassen haben. Darin enthalten sind auch Kooperationsprojekte mit anderen Einrichtungen, nicht aber Projekte, die von der Stadtverwaltung bezuschusst wurden.

2.1. Projekte, Ausstellungen, Veranstaltungen etc.

2.1.1 Provenienzforschung

Seit dem Jahr 2010 beschäftigt sich das Stadtmuseum mit Objekten der städtischen Sammlung, die im Verdacht stehen, während der NS-Zeit geraubt, unter Wert verkauft oder unrechtmäßig erworben worden zu sein. Ziel ist es, diese Objekte den Nachfahren zurückzugeben. Ausgangspunkt dieser erinnerungskulturellen Basiserhebung war eine Thorascheibe, die das Stadtmuseum 1994 geschenkt bekommen hatte und die, angeregt durch einen Hinweis einer Bürgerin, als NS-Raubkunst identifiziert wurde. 2011 konnte die Thorascheibe den Nachfahren übergeben werden. Ergänzt wurde die Übergabe durch eine öffentliche Podiumsveranstaltung unter dem Titel „Deutsche Verantwortung und der Umgang mit Beutekunst, NS-Raubkunst und Restitution“, an der unter anderem Stephan Kramer, damaliger Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, teilnahm.

Seit 2015 betreibt das Stadtmuseum diese Provenienzforschung systematisch und untersucht die Herkunft von Kunstwerken und Kulturgütern. Im Mittelpunkt steht dabei mögliches Raubgut aus der Zeit des Nationalsozialismus. Für diese Recherchen konnte das Stadtmuseum dank einer Förderung der Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste im April 2015 eine Stelle einrichten, die bis mindestens November 2021 gesichert ist. Diese Unterstützung stellt bundesweit eine Besonderheit dar, da das Stadtmuseum eines der ersten kommunalen Museen war, das gefördert wurde. Als Ergebnis dieser Forschungen wurde 2017 eine Goldwaage aus dem Besitz Adolf Dessauers an seine Nachfahren zurückgegeben. 2019 beschäftigte sich eine Ausstellung des Stadtmuseums mit dem Titel „Abgestaubt! Museumsschätze erzählen Geschichte“ mit der Sammlungsgeschichte und insbesondere der Herkunft von Kunstwerken in Zusammenhang mit der NS-Geschichte. Im März 2021 wurde ein Exlibris der jüdischen Familie Freudenberg den Nachfahren der Familie ausgehändigt. Weitere Objekte werden noch überprüft; es ist durchaus wahrscheinlich, dass es zu weiteren Restititionen kommt.

2.1.2 Ehrenbürgerwürden

Die AL/Grüne-Fraktion und die SPD-Fraktion stellten 2012 den Antrag, die Ehrenbürgerwürden von Adolf Scheef und Theodor Haering abzuerkennen. Die Verwaltung empfahl dem Gemeinderat, insbesondere im Fall Adolf Scheefs, zu dem bisher nicht wissenschaftlich gearbeitet worden war, und im Fall Hans Gmelins, bei dem es Forschungsdefizite gab, eine fundierte Aufarbeitung der Biografien. Der Gemeinderat entschied sich 2013 für eine sofortige Aberkennung der Ehrenbürgerwürden von Scheef und Haering und stimmte bei Hans Gmelin der Vergabe eines Forschungsstipendiums zur Aufarbeitung der Biografie zu. Zudem

wurde die Umbenennung der Adolf-Scheef-Straße in Fritz-Bauer-Straße beschlossen. Die Umbenennung wurde 2016 umgesetzt.

Die Forschungsarbeit zur Hans Gmelin wurde von Prof. Eckard Conze an der Universität Marburg betreut. Die Ergebnisse wurden im Februar 2018 öffentlich vorgestellt. Der Forschungsbericht („Gesandtschaftsrat, Volkstumsreferent und Tübinger Oberbürgermeister. Hans Gmelin (1911-1991)“) umfasst rund 500 Seiten. Aufgrund der Ergebnisse hat der Gemeinderat Hans Gmelin am 5. März 2018 die Ehrenbürgerwürde aberkannt. Die Arbeit erwies sich aus mehreren Gründen als sehr wertvoll für die NS-Erinnerungskultur Tübingens: Der Autor Niklas Krawinkel zeichnet darin ein fundiertes Bild der Biografie und ordnet diese in einen Gesamtzusammenhang ein. Der Forschungsbericht beschäftigt sich nicht nur mit Gmelins Arbeit als NS-Funktionär, sondern auch damit, wie Verwaltung und Stadtgesellschaft mit der NS-Vergangenheit umgingen. Damit ist eine wissenschaftliche Aufarbeitung erfolgt, die weit über die Biografie hinausreicht und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der jeweiligen Zeit einbezieht. Die systematische Forschungsarbeit ermöglichte eine fundierte Entscheidungsfindung.

2.1.3. Geschichtspfad

Die Idee, einen Geschichtspfad zum Nationalsozialismus in Tübingen – oder ursprünglich präziser: zur Erinnerung an dessen jüdische Opfer – einzurichten, reicht zurück in die Zeit der späten 1990er-Jahre und die Diskussion um den Umgang mit dem Synagogenplatz; die im Haushalt 1999 ursprünglich dafür vorgesehenen Mittel wurden für die Realisierung des Denkmals am Synagogenplatz zur Verfügung gestellt. 2009 stellte die Fraktion AL/Grüne den Antrag, die Verwaltung möge ein Konzept eines Gedenk- oder Geschichtspfades zur Erinnerung an Tübinger Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens entwerfen. Dieser Antrag wurde von der Verwaltung in das Arbeitsprogramm des Gemeinderats aufgenommen, das Konzept 2011 beschlossen und in der Folge in einem längeren, aufwändigen Prozess umgesetzt.

Als Mitglied eines Arbeitskreises, zu dem die Geschichtswerkstatt, der Arbeitskreis Moderne Stadtgeschichte, der „Arbeitskreis Universität im Nationalsozialismus“ und andere Akteure gehörten, erarbeitete die Verwaltung das Konzept eines Stelenpfades mit 16 Stationen zum Thema „Nationalsozialismus in Tübingen“. Die inhaltliche Federführung bzw. Erarbeitung der Themen und Texte lag bei den Mitgliedern des Arbeitskreises, die Verwaltung war in erster Linie für die Koordinierung des Prozesses zwischen den Beteiligten in Arbeitskreis, Verwaltung und Gemeinderat sowie für die bauliche Umsetzung und die Finanzierung zuständig. Im Verlauf dieses mehrstufigen Prozesses wurde, abgestimmt mit der Bauverwaltung, die grafische Gestaltung des Pfades in die Entwicklung eines integrierten Beschilderungssystems für Tübingen eingebettet, zu dem auch ein touristisches Leitsystem gehörte. Sowohl die Gestaltung als auch die Textfassung wurden jeweils mit dem Gemeinderat abgestimmt.

Der Pfad wurde im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung am 8. Mai 2016 eingeweiht. Ergänzt wurde er durch einen eigenen Flyer sowie durch eine auf der städtischen Website verfügbare Online-Version. Die Kosten des Geschichtspfades betragen insgesamt 70.000 Euro.

2.1.4. Erinnerung an 1933 ausgeschiedene Gemeinderäte

Ende 2008 ging von der Fraktion der SPD die Initiative für eine Gedenktafel aus, die an die 1933 verfolgten und aus dem Gremium gedrängten Mitglieder des Gemeinderats erinnern sollte; bereits zuvor war in der damaligen Kommission zur Kultur des Erinnerns auf Anregung der Fraktion der Linken über ein ehrendes Andenken diskutiert worden.

Das Stadtarchiv kam in einer ersten Recherche zu dem Ergebnis, dass 1933 in Folge der Machtergreifung durch Adolf Hitler 24 Mitglieder verschiedener Fraktionen ihr Mandat verloren; über ihre Biographien und die genauen Umstände war jedoch wenig bekannt. So beauftragte die Verwaltung 2011 auf Beschluss des Gemeinderats die Geschichtswerkstatt – sie hatte als einzige angefragte Einrichtung ein Angebot über die Erarbeitung abgegeben – mit einem Forschungsbericht über die 1933 aus dem Amt geschiedenen oder vertriebenen Mitglieder des Gemeinderats. Dieser Bericht wurde 2012 fertig gestellt und auf seiner Basis dem Gemeinderat ein Vorschlag unterbreitet, welche Namen auf der Tafel genannt sein sollten. Koordiniert von der Verwaltung, wurde daraufhin in interfraktioneller Abstimmung des Gemeinderats ein endgültiger Text für die Gedenktafel formuliert und mehrheitlich beschlossen. Nach der Renovierung des Rathauses 2015 wurde der Beschluss umgesetzt und die Tafel im Ratssaal angebracht.

2.1.5. Ausstellungen

Seit 2015 ist die Verwaltung Kooperationspartnerin bei Ausstellungen zum Thema NS-Geschichte. Dass die Ausstellung „Fritz Bauer. Der Staatsanwalt - NS-Verbrechen vor Gericht“, eine Präsentation des Fritz Bauer Instituts Frankfurt, 2015 im Landgericht Tübingen gezeigt wurde, verdankt sich einer Zusammenarbeit zwischen dem Landgericht, der Stadtverwaltung und dem Landratsamt. Fritz Bauer, der Staatsanwalt der Ausschwitz-Prozesse, hatte Tübinger Vorfahren (die jüdische Familie Hirsch) und spielte eine wichtige Rolle bei der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen.

Diese erfolgreiche Kooperation führte 2017 zu einer weiteren in Kooperation durchgeführten Ausstellungsübernahme „Was damals Recht war: Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“, die in der Glashalle des Landratsamtes gezeigt wurde. Die Ausstellung wurde konzipiert von der „Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ und dokumentierte die Willkür und den Alltag der Wehrmachtsjustiz. Insbesondere das Thema Deserteure wurde in Veranstaltungen lokal verortet und diskutiert.

2018 zeigte die Verwaltung, erneut in Kooperation mit dem Landratsamt, eine Ausstellung mit dem Titel „Jugend im Gleichschritt – die Hitlerjugend zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ in der Glashalle des Landratsamtes. Das renommierte NS-Dokumentationszentrum Köln hatte diese Ausstellung erarbeitet, die erstmals außerhalb von Köln gezeigt wurde. Parallel dazu entwickelte das Stadtarchiv eine Begleitausstellung mit Publikation, die im Rathaus gezeigt wurde. „Tübinger Jugend im Gleichschritt?!“, eine Fotodokumentation, richtete den Blick auf die Hitlerjugend in Tübingen.

Alle Ausstellungen wurden durch ein vielfältiges Begleitprogramm (Zeitzeugengespräche, Vorträge, Führungen, Diskussionen etc.) ergänzt und gingen insbesondere auf die lokalen Aspekte der genannten Themen ein.

2.1.6 Gräberfeld X

Auf dem Gräberfeld X des Tübinger Stadtfriedhofs befinden sich seit dem Jahr 1980 sechs Bronzetafeln. Sie erinnern an 517 Opfer der NS-Gewaltherrschaft, deren Leichname in der Anatomie der Universität seziiert und anschließend hier bestattet wurden. Die Tafeln sind in hohem Maß fehlerhaft und eine große Zahl von dort bestatteten Opfern sind nicht aufgeführt.

2018/19 hat das Stadtarchiv über mehrere Monate hinweg die historischen Aufzeichnungen über die im Gräberfeld X Bestatteten durchgearbeitet. Es handelte sich um rund zehn Listen aus unterschiedlichen Archiven, die zum Teil sehr umfangreich waren, darunter vor allem das Leichenbuch der Anatomie, das Bestattungsbuch des Stadtfriedhofs, die Listen von überführten Leichen, das Gefangenenbuch des Arbeitshauses Vaihingen/Enz, die Stuttgarter Liste „Death Sentences carried out“ (erstellt in der Nachkriegszeit) und die Gräberlisten des Stadtfriedhofs. Alles in allem sind auf diesen Listen mehr als 10.000 Namen verzeichnet, die miteinander zu vergleichen waren. Mit diesen Forschungen und den daraus resultierenden Erkenntnissen wurde 2019 auf dem Gräberfeld ein Gedenkbuch installiert. Sämtliche Informationen, die bisher zu den 1.157 Bestatteten erhoben werden konnten, wurden in ein umfangreiches Verzeichnis (132 Seiten) übertragen, das online einzusehen ist.

Das Forschungsprojekt wird nun federführend von der Universität mit erheblicher finanzieller Unterstützung der Stadt fortgeführt.

2.1.7 Straßennamen

In einem Antrag (516/2020) des Gemeinderats („Die FRAKTION – PARTEI, DiB, Huhn“) wurde die Verwaltung beauftragt zu überprüfen, ob Eduard Haber, Eduard Spranger und Wilhelm Schussen „würdig sind, mit Straßennamen geehrt zu werden“. Die Verwaltung regte daraufhin eine Gesamtbetrachtung aller Straßennamen und ein inhaltlich fundiertes und strukturiertes Gesamtverfahren vor. Diese Vorgehensweise hat sich in anderen Städten bewährt und ist nachhaltiger als Einzelfallentscheidungen, die ohne eine fundierte historische Einordnung und vergleichende Bewertung getroffen werden. Die Verwaltung schlägt zunächst elf Straßennamen für eine wissenschaftliche Untersuchung vor, die vom Seminar für Zeitgeschichte betreut und vom Stadtarchiv begleitet wird. Parallel soll eine Kommission einheitliche Kriterien für die Bewertung von problematischen Namensgebern entwickeln.

2.1.8. Veranstaltungen

Neben den Begleitveranstaltungen zu Ausstellungen oder zum Beispiel dem Begleitprogramm zur Übergabe der Thorascheibe organisiert die Verwaltung auch immer wieder Einzelveranstaltungen zum Themenbereich NS-Erinnerungskultur, so zum Beispiel zum 80. Jahrestag der Bücherverbrennung im Mai 2013. Mit der zwölfstündigen Marathon-Lesung „Bücher aus dem Feuer“ an drei verschiedenen Orten in der Stadt wurde an Autorinnen und Autoren erinnert, deren Literatur von den Nationalsozialisten als „entartet“ diffamiert wurde. Auch in der populären sommerlichen Führungsreihe „Kennen Sie Tübingen?“ wird die Zeit des Nationalsozialismus in Tübingen immer wieder thematisiert. 2021 wurde „Kennen Sie Tübingen?“ dafür mit dem Lilli-Zapf-Preis ausgezeichnet.

Eine für die Erinnerungskultur wichtige Veranstaltung ist das Gedenken zum 9. November. Hier koordiniert die Verwaltung eine Arbeitsgruppe von Vereinen und Institutionen, die alljährlich ein Programm mit unterschiedlichen Gedenkveranstaltungen zusammenstellt. Dazu gehört auch die Herausgabe eines Veranstaltungsflyers.

Zum 9. November 2018 – dem 80. Jahrestag der Pogromnacht 1938 – lud die Verwaltung in Kooperation mit der Geschichtswerkstatt die Nachfahren der Familien Bernheim und Wochenmark der 2. und 3. Generation ein. Zu diesem Besuch gehörte ein umfangreiches Programm aus Werkstattgesprächen, Schulbesuchen und öffentlichen Veranstaltungen (unter anderem eine bewegende Gedenkstunde am Synagogenplatz, bei der zum ersten Mal seit 80 Jahren wieder jüdische Gebete an diesem Ort gesprochen wurden).

Die Vortragsreihe „Auf Zeitreise mit dem Stadtarchiv“ wurde 2019 begonnen und soll nach den Corona-Einschränkungen wieder im Ratssaal fortgesetzt werden. Bekannte Forscherinnen und Forscher gewähren einen Einblick in ihre Recherchen zur Tübinger Stadtgeschichte, darunter auch zur NS-Erinnerungskultur. Die Vortragsreihe verfolgt einen dreifachen Zweck: Sie stößt Forschungen an, vermittelt stadtgeschichtliches Wissen und wirbt für das Stadtarchiv mit seinen interessanten Quellen und Beständen. Das Stadtarchiv wird bei der Erstellung des Programms ehrenamtlich von einem kleinen Kuratorium fachlich beraten und unterstützt.

Zu diesem Themenblock gehört auch der Volkstrauertag. Es ist nach wie vor Aufgabe der Verwaltung, die zentrale Gedenkstunde auf dem Bergfriedhof in Abstimmung mit dem Landratsamt, dem Regierungspräsidium, den Kirchen und dem VdK vorzubereiten und durchzuführen. Diese Veranstaltung stand in der Vergangenheit immer wieder in der Kritik. In den letzten Jahren hat die Verwaltung durch die Einbeziehung einer Institution wie des Vereins für Friedenspädagogik/Berghof Peace Foundation den Akzent von einer reinen Gedenkveranstaltung hin zur Beschäftigung mit aktuellen Fragen unter Beteiligung von jungen Menschen verschoben.

2.1.7. Veröffentlichungen

Seit vielen Jahren schon gibt die Verwaltung der Erinnerungskultur auch in ihren Veröffentlichungen breiten Raum. Grundlegend waren hier Anfang der 1990er-Jahre vor allem die in der städtischen Schriftenreihe erschienene Dissertation „Tübingen unterm Hakenkreuz“ von Benigna Schönhagen und der ebenfalls von ihr verantwortete Ausstellungskatalog „Vorbei und vergessen. Nationalsozialismus in Tübingen“, dazu die Dokumentation über den jüdischen Friedhof Wankheim und das von der Geschichtswerkstatt erarbeitete Buch „Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden“, beide 1995.

Aus den letzten Jahren ist die in einer umfangreichen, zweisprachigen Ausgabe edierte Autobiographie von Hannah Bernheim (2014) zu nennen, dazu eine ganze Reihe spezieller Studien, so „Der Fall Theodor Haering. Geschichte eines Tübinger Ehrenbürgers. Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit in Tübingen“ von 2008 oder die Untersuchung „Es ist nun die Frage, wohin mit ihr“. Zwangsarbeiterinnen und ihre Kinder als Patientinnen und Patienten in der Universitätsfrauenklinik Tübingen 1939-1945“, ebenfalls 2008. „Lilli Zapf und ihr Buch über die Tübinger Juden“ widmete sich 2014 jener Frau, die die Grundlage für die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus an der jüdischen Bevölkerung Tübingens gelegt hat. Ihre ursprünglich 1974 herausgegebene Studie „Die Tübinger Juden“ wurde

2018, zum Anlass der Stolpersteinverlegung und angeregt aus dem Kreis der Engagierten, ebenfalls durch die Verwaltung wieder aufgelegt.

Aber auch andere Publikationen berühren das Thema der Erinnerungskultur, etwa der Ausstellungskatalog des Stadtmuseums „Der fotografierte Krieg“ (2014) zum Ersten Weltkrieg.

2.1.8. Beratung und Betreuung / Personal

Die in der Erinnerungskultur aktiven Personen benötigen für ihre Arbeit insbesondere die Beratung und Unterstützung durch das Stadtarchiv. Im Gegensatz zu anderen Archiven dieser Größe und Bedeutung verfügt das Stadtarchiv Tübingen jedoch nicht über ausreichend Personal um sowohl seiner Pflichtaufgabe – der Übernahme und Archivierung der städtischen analogen und digitalen Akten, dem Bewahren und Erschließen von Dokumenten, der Dokumentation der Stadtgeschichte – nachzukommen als auch wissenschaftliche Forschung zu betreiben. Wenn dies, wie zum Beispiel im Fall des Gräberfelds X, gemacht wird, dann geht es zu Lasten anderer Aufgaben. Sehr gerne würde das Stadtarchiv vermehrt mit Schüler_innen arbeiten und historisches Wissen vermitteln, aber dafür fehlen die Räumlichkeiten und eine Archivpädagogik-Stelle. Der Stadtarchivar und seine Stellvertreterin sind zudem auch von den städtischen Dienststellen beansprucht und erstellen zum Beispiel Expertisen zur Geschichte von Kulturdenkmalen und anderen historischen Sachfragen.

Auch bei der Organisation und Strukturierung von Projekten ist die Verwaltung tätig, so zum Beispiel bei der Umsetzung des Geschichtspfads. Die Federführung des aufwändigen Prozesses lag bei der Kulturverwaltung. Insgesamt sind neben den Archiv-Mitarbeiterinnen regelmäßig zwei bis drei weitere Mitarbeiter_innen mit Themen der NS-Erinnerungskultur beschäftigt. Ein ganz aktuelles Beispiel dafür ist die Beschäftigung mit dem Jüdischen Friedhof in Wankheim (s.u., 3.4.): die von verschiedenen Seiten ins Gespräch gebrachte Übernahme der Organisation und Koordination bei der Sanierung des Friedhofs durch die Stadt Tübingen übersteigt die Kapazitäten des Fachbereichs; die Verwaltung setzt hier auch aus inhaltlichen Gründen auf ein gemeinsames Vorgehen der beteiligten Kommunen und des Landratsamtes.

Die Beratung der vielen Anfragen im Archiv, die Wünsche nach Forschungsunterstützung im Archiv oder die Organisation von Projekten unter Inanspruchnahme städtischen Personals übersteigt zunehmend die Möglichkeiten des Fachbereichs Kunst und Kultur.

2.2. Defizite

Diese Auflistung macht deutlich, welche Wertigkeit das Thema „NS-Erinnerungskultur“ nach wie vor für die Verwaltung hat und wie viele Projekte und Veranstaltungen allein in den letzten Jahren umgesetzt werden konnten. Allerdings sieht die Verwaltung auch Defizite im Umgang mit der NS-Erinnerungskultur, die wie folgt umrissen werden können:

2.1.2. Partikularinteressen

Die Verwaltung beobachtet zunehmend, dass einzelne Gruppen partikulare Interessen verfolgen. Sie verfolgen ihre jeweiligen Ziele ohne Mandat der Stadtgesellschaft und berufen sich u.a. auf ihre „moralische“ Kompetenz. Ob die daraus erwachsenden Forderungen auch

eine relevante Berechtigung haben oder wissenschaftlich fundiert sind, tritt oft in den Hintergrund. Die Verwaltung vermisst insgesamt eine kritische Diskussion um zukunftsfähige Konzepte der Erinnerungskultur, die sich abseits von Ritualisierung und Moralisierung bewegen. Die Bedeutung von Erinnerungskultur gerade für heutige junge Menschen sollte nach Meinung der Verwaltung eine größere Rolle spielen.

2.2.2. Zu großer Fokus auf NS-Erinnerungskultur

Es ist unbestritten, dass die Aufarbeitung, die Auseinandersetzung und die Sichtbarmachung der NS-Geschichte eine wichtige und kontinuierliche Aufgabe ist. Allerdings lässt die Beschränkung auf die Jahre 1933 und 1945 andere Epochen der Tübinger Geschichte außer Acht. Viele Aspekte der Stadtgeschichte und bislang übersehene Akteur_innen, genannt seien hier nur die Demokratiebestrebungen im 19. Jahrhundert, die Geschichte Tübingens im Kaiserreich oder die Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wurden bisher vernachlässigt. Die Geschichte der Stadtteile ist vielfach unbearbeitet. Auch die Stadtentwicklung außerhalb der Altstadt ist bisher wenig erforscht.

2.2.3. Mangelnde Systematik

Wie dargelegt, arbeitet die Verwaltung kontinuierlich im Bereich der Erinnerungskultur; sie möchte jedoch künftig verstärkt eigene Schwerpunkte setzen (siehe Vorgehen der Verwaltung) und nicht vorrangig als „Dienstleister“ für die verschiedenen Akteur_innen fungieren. Die Verwaltung sieht sich aber oft gezwungen auf Einzelforderungen zu reagieren und gewissermaßen „auf Zuruf“ zu arbeiten. Diese Arbeitsweise lässt eine Priorisierung der Projekte nicht zu. Einer der Gründe dafür ist, dass das Verwaltungshandeln nicht auf einer übergeordneten Strategie beruht, die Ergebnis eines sorgfältigen Prozesses unter Beteiligung von Tübinger Akteur_innen und Institutionen, Gemeinderat sowie verschiedener, auch externer, Fachleute ist. Es wird bei der Vielzahl von Einzelprojekten in Tübingen deutlich, dass eine Systematisierung, inhaltliche Präzisierung, abgewogene wissenschaftlich fundierte Themensetzung und Rollenklärung auch im Bereich der Erinnerungskultur hilfreich wäre. Städte wie Stuttgart oder Hannover erarbeiten derzeit mit zusätzlichem Personal Konzepte zur Erinnerungskultur.

Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass die groben Linien zu den Themen und Zielen im Bereich der Erinnerungskultur in der Kulturkonzeption bereits im Grundsatz formuliert sind. Die Verwaltung wird künftig verstärkt darauf achten, dass diese verfolgt werden, dass dabei aber die anderen, insbesondere die zentralen Handlungsfelder der Kulturkonzeption nicht vernachlässigt werden.

2.2.4. Fehlende wissenschaftliche Aufarbeitung

Eine fundierte wissenschaftliche Aufarbeitung einzelner Themen war in den letzten zehn Jahren nur in Ausnahmefällen möglich. So ist zum Beispiel die Biografie von Oberbürgermeister Scheef nur in groben Zügen durchleuchtet worden. Auch die Überlegung, bei der Forderung nach Stolpersteinen systematisch auch andere Opfergruppen in den Blick zu nehmen, ist hinter den Wunsch einer raschen Umsetzung des Vorhabens zurückgetreten. Die Forschungsarbeit zu Gmelin hat gezeigt, wie wertvoll eine solche Betrachtung ist, da sie wesentliche Aspekte der Stadtgeschichte einbezog und so auch einen Referenzrahmen für weitere Biografien dieser Art schuf. Bezüglich der Straßennamen setzt die Verwaltung diesen Weg der wissenschaftlichen Aufarbeitung fort.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die 2017 aktualisierte und vom Gemeinderat beschlossene Kulturkonzeption setzt drei Schwerpunkte: Literatur, Kulturelle Bildung und den Konzertsaal. Zudem werden spartenübergreifende Handlungsfelder wie Kulturförderung oder kulturelle Infrastruktur vermehrt im Fokus der Arbeit der Verwaltung stehen. Die Sparte Erinnerungskultur wurde in der Kulturkonzeption hingegen nicht als Schwerpunkt definiert, erfordert aber bisher einen ungleich höheren Einsatz an personellen und finanziellen Ressourcen als andere Sparten wie zum Beispiel die Soziokultur oder die Kulturelle Bildung. Daher macht es sich die Verwaltung zukünftig zur Aufgabe, die vom Gemeinderat in der Kulturkonzeption beschlossenen Ziele umzusetzen. Darin heißt es unter anderem: „Gleichzeitig strebt die Verwaltung aber auch eine Neupositionierung im Bereich der Erinnerungskultur an, um der beschriebenen Partikularisierung entgegenzuwirken und zu einer Verständigung über zeitgemäße Formen der Erinnerungskultur und -politik für Tübingen zu gelangen.“ Dies beabsichtigt die Verwaltung folgendermaßen umzusetzen:

3.1. Dauerausstellung Stadtmuseum

Das Stadtmuseum überarbeitet seine Dauerausstellung. Ein wichtiger Akzent ist dabei die zeitgemäße Darstellung und Vermittlung der NS-Zeit. Das Museum geht dabei in mehreren Schritten vor: In einem ersten Schritt richtete das Museum im Jahr 2019, parallel zur Sonderausstellung „Abgestaubt! Museumsschätze erzählen Geschichte“, einen neuen, zusätzlichen Raum in der stadtgeschichtlichen Dauerausstellung zu „Tübingen im Nationalsozialismus“ ein (der Raum im 3. OG wurde bis dahin als Lager genutzt). Die inhaltliche Erarbeitung erfolgte unter Einbeziehung der erinnerungskulturellen Akteure wie zum Beispiel der Geschichtswerkstatt, die auch Objekte und Recherchematerialien zur Verfügung stellte. Darüber hinaus realisierte das Stadtmuseum eine multimediale „Lerninsel“, die inhaltliche Vertiefungen und eigene Recherchen der Besucherinnen und Besucher in verschiedenen Medien ermöglicht (Aufstellung ebenfalls im März 2019 in der existierenden Dauerausstellung im 3. OG). In einem zweiten Schritt werden diese beiden Ausstellungsmodulare im Betrieb seit März 2019 fortlaufend evaluiert. Die Ergebnisse der Evaluation fließen nun in die Neu-einrichtung der Dauerausstellung zum 20. Jahrhundert im 3. OG ein, die als dritter Schritt seit 2020 entwickelt wird. Mit dem bis Mai 2021 fertiggestellten „Discovery-Room“ geht das Stadtmuseum in der Vermittlung der NS-Geschichte neue Wege. Junge Besuchergruppen begeben sich in der Inszenierung eines Dachbodens auf Zeitreise und müssen entscheiden, wie sie sich ganz persönlich in schwierigen historischen Situationen verhalten hätten – und dies sowohl aus Täter- als auch aus Opferperspektive. Die Szenarien beruhen alle auf realen Tübinger Ereignissen ab den 1920er-Jahren bis in die Nachkriegszeit, die dann in weiteren Ausstellungsbereichen wieder aufgegriffen werden. Durch den teil-fiktionalen, spielerischen Ansatz wird eine persönliche Auseinandersetzung angeregt und die Themen Diktatur und Demokratie auf die Gegenwart bezogen. Die Spielmechaniken wurden in Kooperation mit dem Forschungsprojekt EMPAMOS der Universität Nürnberg entwickelt.

3.2. Vernachlässigte Themen und Kooperationen

Die Verwaltung wird sich zukünftig vermehrt mit Opfergruppen und Themen beschäftigen, die nicht im Fokus der zivilgesellschaftlicher Initiativen stehen.

Das Stadtarchiv hat bereits ein bisher einzigartiges Forschungsprojekt initiiert, das sich dem Thema LSBTTIQ in Geschichte und Gegenwart widmet und unter anderem auch die Verfolgung homosexueller Männer und lesbischer Frauen in der NS-Zeit in den Blick nimmt. Bei dem Projekt „Queer durch Tübingen“ wird es auch darum gehen, dass andere Phasen der Tübinger Geschichte, die für ein umfassenderes Verständnis der NS-Geschichte unerlässlich sind, einbezogen werden. Dazu gehören das Kaiserreich genauso wie die Weimarer Republik und die Nachkriegszeit, in der die Verfolgung von queeren Menschen lange Zeit fortgesetzt wurde.

Die Zusammenarbeit mit der Universität und anderen öffentlichen Einrichtungen soll insgesamt verbessert bzw. ausgebaut werden. Die Expertise der Universität, insbesondere des Instituts für Zeitgeschichte, des Instituts für Geschichtliche Landeskunde und des Ludwig-Uhland-Instituts, ist so wertvoll, dass sie künftig besser einbezogen werden sollte. Zudem spielte die Universität im nationalsozialistischen Tübingen eine wichtige und unrühmliche Rolle und sollte daher auch eine größere Rolle bei der Aufarbeitung dieser Geschichte übernehmen.

3.3. Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus (LDNS)

Auf Grund der schlechten räumlichen Unterbringung des Stadtarchivs und der Verteilung auf neun verschiedene Standorte ist die Stadtverwaltung seit mehreren Jahren auf der Suche nach einem neuen Standort für das Archiv. 2015 wurde dem Gemeinderat ein Nutzungskonzept von Güterhalle und Güterbahnhof vorgestellt, das die Unterbringung eines großen Teils der Archivbestände garantieren und zudem Räumlichkeiten für das Kulturamt und das LDNS bieten sollte. Bereits damals wurde darauf hingewiesen, dass „die Arbeit des städtischen Archivs zu den kommunalen Pflichtaufgaben gehört und somit für die Verwaltung Priorität hat“ (Vorlage 222/2015). Kulturamt und LDNS galten als sinnvolle Ergänzungen zum Archiv, zudem sollten Synergieeffekte genutzt werden.

2019 haben die abschließenden Untersuchungen des Gebäudes ergeben, dass der Umbau der Güterhalle aus technischen Gründen nicht möglich ist (Vorlage 12/2019). Da ein räumlicher und inhaltlicher Zusammenhang zwischen dem Stadtarchiv und dem LDNS nicht mehr gegeben ist, sieht die Verwaltung es nicht mehr als sinnvoll an, in der Güterhalle ein solches Lernzentrum einzurichten.

Die Stadtverwaltung hat zudem, wie mehrfach geäußert, Zweifel an den bisher vorgelegten konzeptionellen Ideen. Ein Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus (LDNS), insbesondere zur Geschichte der Zwangsarbeit in Südwürttemberg, einzurichten entspricht nicht der tatsächlichen Rolle Tübingens während der NS-Zeit. Abgesehen davon, dass nach wie vor umstritten ist, ob es sich beim Güterbahnhof – und insbesondere beim Beobachtungsstand – um einen „authentischen Ort“ handelt, ist das Thema „Zwangsarbeit“ in Tübingen anzusiedeln, inhaltlich nicht überzeugend. Tübingen war keine typische Industriestadt mit dominierender Rüstungsproduktion. Stattdessen gäbe es für ein Lern- und Dokumentationszentrum zur NS-Geschichte näherliegende und wichtigere Themen, darunter vor allem die Rolle der Universität. Die Universität wird zwar im Konzept des LDNS nicht gänzlich außer Acht gelassen, ist aber bisher weder inhaltlich noch finanziell beteiligt. Sie war der eigentliche „Hauptakteur“ der NS-Zeit mit großer Ausstrahlung weit über die Stadt hinaus. Ein LDNS ist also nicht ohne eine Kooperation mit der Universität denkbar. Ideal wären daher Räumlichkeiten in einem universitären Zusammenhang

Auch die Trägerschaft und die Finanzierung des LDNS konnte bisher nicht überzeugend geklärt werden. Eine dauerhafte (Teil-)Finanzierung des Betriebes durch die Stadt, kann nur dann angemessen sein, wenn die personelle Ausstattung des Archivs erheblich ausgebaut wird. Nur dadurch kann die zeitintensive und anspruchsvolle Betreuung der oben genannten Initiativen, Vereine und Einzelpersonen sichergestellt werden. Außerdem wäre es inhaltlich sinnvoller, das außerschulische Lernen mit einer Archivpädagogikstelle im Stadtarchiv zu verankern. Denn dort liegen die Bestände, die für dieses Lernen gebraucht werden. Dies alles kann von einem Verein nicht geleistet werden und sollte, gerade um die verschiedenen Partikularinteressen auszugleichen, federführend von einer öffentlichen Einrichtung angeboten werden.

Es ist vorgesehen, dass der Beobachtungsstand der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und mit entsprechenden Informationen gekennzeichnet werden soll.

3.4. Jüdischer Friedhof

Der aus dem 18. Jahrhundert stammende jüdische Friedhof in Wankheim ist die Begräbnisstätte von Jüdinnen und Juden von den Härten, aus Tübingen und aus Reutlingen. Ein großer Teil der dort befindlichen 137 Grabsteine befindet sich in einem schlechten Zustand. Die Grabsteine sind verwittert, haben Risse und stehen schief. Der Förderverein für jüdische Kultur hat immer wieder auf die Situation aufmerksam gemacht und eine Sanierung der Grabsteine gefordert.

Die Gemeinde Kusterdingen, die Städte Tübingen und Reutlingen sowie der Landkreis Tübingen haben sich aus ihrer Verantwortung für die Erhaltung dieses besonderen Kulturdenkmals bzw. Erinnerungsstätte an jüdisches Leben heraus bereit erklärt, finanzielle Unterstützung zu leisten. Das Landesamt für Denkmalpflege hat eine Schadensaufnahme vorgenommen und eine grobe Kostenschätzung geliefert. Von sich aus kann die Verwaltung dort allerdings nicht aktiv werden: Der Friedhof liegt auf der Gemarkung der Gemeinde Kusterdingen, Eigentümerin ist die Israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg. Mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft muss zunächst verbindlich geklärt werden, ob und in welcher Form diese eine Restaurierung wünscht. Denn ein jüdischer Friedhof weist im Vergleich zu christlichen Begräbnisorten viele Besonderheiten auf. Er ist ein „Haus der Ewigkeit“, d.h. ein jüdisches Grab ist für die Ewigkeit gedacht, es wird niemals aufgelöst und nicht neu belegt. Der gesetzte Grabstein bleibt bestehen. Die die Toten umgebende Erde ist Eigentum der Toten und muss unangetastet bleiben. Das Landratsamt befindet sich im Gespräch mit der Israelitischen Religionsgemeinschaft. Danach werden die Kommunen das Gespräch auswerten und einen Verfahrensvorschlag erarbeiten.